

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 55 | Jan. 2012

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

2012 wird alles besser!

Oder:

**Der Wasserdrache wird's
schon richten!**

Zu keinem Zeitpunkt ist die Gegenwart flüchtiger als zum Jahreswechsel. Sie ist dann ein kurzer Übergang zwischen Vergangenheit und Zukunft. Während das neue Jahr 2012 angezählt wird, denken sicher viele Menschen an das, was kommen mag. Bei der Frage nach der Zukunft hilft Bleigießen nicht wirklich weiter. Kristallkugeln befragen und Kaffeesatzlesen ist aus der Mode gekommen. Bleiben noch Horoskope. Aber kann man denen Glauben schenken, wenn sie in der „Blöd“-Zeitung oder anderen Yellow-Press-Gazetten stehen? Seriöser sind die Zukunftsdeutungen der Chinesen. Nach dem chinesischen Kalender sind den Jahren Symbole zugeordnet, und die haben eine völlig andere Bedeutung als wir erwarten würden. So war 2011 das „Jahr des Hasen“ (➔ AGS:NACHRICHTEN, Ausgabe 1/2011, PDF, 660 kB):

Was fällt uns zum Thema „Hase und Politik“ ein? Hasenfüßig ging und

geht die Bundesregierung dringende Reformen an, so die notwendige Neuordnung und Vereinfachung des Steuerrechts (nicht zu verwechseln mit Steuersenkungen).

Im Wettlauf der Gesetzgebungs-Hasen und Finanzzocker-Igel siegen die Igel ungehindert, weil Wettbewerbs-Regeln fehlen oder nicht eingehalten werden.

Für das Hase-Jahr prophezeiten die Chinesen „Geldverdienen wird eine leichte und entspannte Angelegenheit“. Stimmt, zumindest für die Finanzmonster. Und auch unser Geld ist noch da. Es gehört uns aber leider nicht mehr! Man sieht: Die Chinesen haben Recht!

Vom 23.01.2012 bis zum 09.02.2013 be- gehen wir das Jahr des Wasserdrachen. In China gelten Drachen als Glückssymbol. Neben den Wasserdrachen gibt es noch die Feuerdrachen. Sind diese Feuerdrachen eventuell ein Synonym für Finanzmonster?

Im chinesischen Märchen besiegt der Wasserdrache den Feuerdrachen. Mit Wasser! Frau Merkel und ihr von Weisheit unbelastetes Kabinett sind unse-

re oberste Drachenbekämpfertruppe und setzen gegen die Finanzmonster Schuldenbremsen ein. Aber das beeindruckt die Ungeheuer kaum – wie nicht anders zu erwarten war. Einen Drachen bekämpft man im Jahr 2012 aber mit Lanze und Schwert, nicht mit Zahnstochern.

Früher besänftigte man gefährliche Drachen durch Opferung von Jungfrauen. Das darf man 2012 nicht mehr, nicht nur wegen der Geschlechtergerechtigkeit. Man könnte zusätzliche Jung-Männer für weibliche Drachen und ... – nein: Der demografische Wandel würde schnell zu einem Mangel an diesem „Zahlungsmittel“ führen. Ex-IWF-Direktor Strauss-Kahn hätte man eventuell noch mit fast neuwertigen Jungfrauen besänftigen können. Doch die Marktdrachen von heute verlangen harte Währungen. Und da man die möglicherweise anstehenden Lasten nicht (nur) mit einer „Reichensteuer“ eintreiben kann und will, müssen wohl wieder die Leistungsträger unserer Gesellschaft erhalten, so u. a. wir Selbständigen. Spätestens dann, wenn die für Schutzschirme geleisteten Garantien eingelöst werden müssen, werden in Kanz-

Inhalt

seite 1

„2012 wird alles besser! – oder: Der Wasserdrache wird's schon richten!“1

Leserbrief

Zur Liberalisierung des Arzneimittelmarktes.....2

AGS vor Ort

AGS Solingen: „Selbständig ja – prekäre Einkommen NEIN!“3

AGS Steinfurt gegründet:

„Selbständig in der SPD?“4

AGS Borken: Klaus Peter Duhme ist neuer Vorsitzender5

AGS Herne: Problematik des doppelten Abiturjahrgangs.....6

Wirtschaftsforschung

DIW-Studie zur Einkommenssituation von Selbständigen7

Altersabsicherung

„Sind Selbständige eine Last für den Staat?“ – André Brümmer kommentiert Pläne der CSU8

Landespolitik

Zum Landeswettbewerb „Ab in die Mitte“9

Politik für Selbständige: Mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit gefordert.....10

Handwerk

NWHT: Bericht vom Dreikönigstreffen 2012.....11

Europa

Mit neuen Aufgaben: Wir gratulieren Martin Schulz und Bernhard Rapkay!13

Kurz notiert

Infos aus dem mediafon-Newsletter14

Service

Termine14
Impressum14

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de

Internet: www.ags-in-nrw.de

Facebook: AGSNRW

Twitter: @agsnrw

Fortsetzung von Seite 1

lerin Merkels „marktkonformer Demokratie“ die Steuerzahler jetziger und späterer Generationen die Monster(märkte) füttern, um sie zu beruhigen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Es wird Zeit, dass Frau Merkel ihre Krone abgibt und ihren (un)verdienten Ruhestand bei Ihren Monstern verbringt. Meinetwegen in Florida, auf Norderney oder Mallorca.

Unsere Alternativ-Drachenbekämpfer sind Frank-Walter Steinmeier (führt diplomatische Verhandlungen mit dem Monster), Sigmar Gabriel (hält mitrei-

ßende Reden über Monster und ihren fehlenden Gerechtigkeitssinn) sowie Peer Steinbrück (würde wohl die Kavallerie ausreiten lassen, darf er aber nicht ... noch nicht!). Und wir haben Hannelore Kraft, unsere Jeanne d'Arc aus NRW, als Joker!

In diesem Sinne: Glück auf und Waidmanns Heil!



André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

»Leserbrief redaktion@ags-in-nrw.de

Zum Leserbrief eines Apothekers in der letzten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erhielten wir die folgende Stellungnahme eines SPD-Mitglieds aus Köln:

„Als Versicherungsökonom bin ich für eine Liberalisierung des Marktes und mehr Wettbewerb. Leistung und Vergütung der Apotheker stehen m.E. in keinem adäquaten Verhältnis – dies kann man an der hohen Apothekendichte, den im Vergleich zu anderen Branchen großen Ladenflächen und den im Vergleich zum Ausland deutlich höheren Arzneimittelpreisen sehen.

Die Preise für Arzneimittel sind in allen anderen EU-Märkten niedriger – dies liegt auch an den hohen Distributionskosten in Deutschland.

Echte Beratungsleistung durch den Apotheker findet meiner persönlichen Wahrnehmung nach nur selten statt.

Anders wäre es, wenn der Apotheker eine umfangreiche Beratungspflicht hätte, zumindest bei rezeptfreien Medikamenten, und bspw. über die Risiken von vermeintlichen Standardprodukten wie Aspirin aufklären müsste. Das hieße auch, dass die Apotheke nur geöffnet sein darf, solange ein approbierter Apotheker anwesend ist, was nicht der Fall ist.

Meines Erachtens handelt es sich bei Apothekern eher um hoch qualifizier-

tes Verkaufspersonal. Apotheker verdienen im Durchschnitt aber dennoch deutlich mehr als Ärzte und Zahnärzte, obwohl letztere eine deutlich größere Verantwortung und Stressbelastung haben.

Natürlich sollten wir nicht „größeren Vertriebsstrukturen“ (siehe Antrag) das Wort reden, eher „kosteneffizienten Vertriebsstrukturen“. Insofern bin ich für eine Änderung des Antrags.

Klar ist es im Einzelfall bedauerlich, aber wir sollten es klar kommunizieren: Das Apothekenwesen muss effizienter werden, alte wettbewerbsfeindliche Pfründe müssen wegfallen. Das ist aber auch nicht anders als in vielen Branchen, in denen die Allgemeinheit letzten Endes überhöhte und unnötige Kosten subventioniert hat: Kohlebergbau, Post- und Telekom-Beamte, zahlreiche Handwerksberufe, bei denen früher ein Meisterbrief erforderlich war (Anl. B1 HWO – Uhrmacher, Schmiede, Schneider, Raumausstatter, Drucker, Feinoptiker etc.).

Viele Berufsstände stehen heute in einem höheren Wettbewerb, Apotheker halte ich nicht für besonders schützenswert. Eher im Gegenteil.“ <

»AGS vor Ort

AGS Solingen

Selbständig ja – prekäre Einkommen NEIN!

Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen tagte am 17. Januar im Haus Müngsten. Von Prof. Dr. Karl-Heinz Naßmacher, Vorsitzender der AGS Solingen.

Selbständige in der SPD – gibt's die überhaupt? Ja, es gibt sie, obwohl die allermeisten SPDler natürlich Arbeitnehmer sind. Aber einige arbeiten auch als Geschäftsführer einer kleinen GmbH, als Inhaber eines Gartenbaubetriebes, als Leiter von Ingenieurbüros oder verdienen ihr Geld mit Vorträgen und der Produktion von Texten oder der Vermarktung von Werbeartikeln, als Finanzberater, Eventmanager, im Einzelhandel oder als Rechtsanwälte.

Solche Mitglieder der SPD bilden eine Arbeitsgemeinschaft, die AGS, und die vertritt die Interessen der Selbständigen innerhalb und außerhalb der Partei, in der Stadt Solingen, im Land NRW oder auch im Bund. Am Dienstag traf sich der AGS-Landesvorstand im Haus Müngsten, an der Nahtstelle des Bergischen Städtedreiecks.

Worum ging es? Die Vertreter des Landes wollten sich informieren über die Situation im Bergischen und in Solingen. Die Solinger Genossen erhofften sich Anregungen für ihre Arbeit vor Ort. Im Mittelpunkt standen die Probleme der kleinen Selbständigen, also jener, die allein, mit Verwandten oder ganz wenigen Mitarbeitern eine Dienstleistung vermarkten.

Was kann das sein? Gartenpflege oder Hausmeisterservice, Spezialkenntnisse im IT-Bereich oder Fachkenntnisse aus dem eigenen Studium. Leute, die nie daran gedacht haben, sich selbständig zu machen, denen aber die Lage am Arbeitsmarkt keine andere

Wahl gelassen hat. Sei es, dass ihr alter Arbeitgeber plötzlich Pleite gemacht hat oder dass sie für ihr Spezialwissen keine Anstellung gefunden haben.

Diese z.T. unfreiwilligen „neuen Selbständigen“ müssen sich jetzt zwischen Kunden, Behörden und ihrer Hausbank behaupten. Sie haben weder Kaufmann noch „Chef“ gelernt, aber irgendwie sind sie jetzt Unternehmer – und vielfach auf Hilfe angewiesen. Finanziell fehlt ihnen die soziale Absicherung zu tragbaren Kosten. Als Existenzgründer brauchen sie auch guten Rat, der weiterhilft.

Wie können Hilfsangebote aussehen? Nützliche Hilfen haben nur zufällig die Form perfekt gestylter Broschüren oder Internetseiten: „Wie mache ich mich selbständig?“

Praktische Hilfen zu organisieren, halten die AGSler für eine politische Aufgabe.

Darum ging es beim Erfahrungsaustausch in Haus Müngsten. Eingangs hatte SPD-Vorsitzender Josef Neumann MdL die Vertreter der Selbständigen aus ganz NRW sowie den Bundesvorsitzenden Sven Kaerkes aus Kiel begrüßt. Der Landesvorstand, der über 6.000 Selbständige in NRW vertritt, besuchte die Solinger Genossen und diskutierte mit ihnen über Schwerpunkte der gemeinsamen Arbeit.

Einleitend wies der Solinger AGS-Vorsitzende Karl-Heinz Naßmacher darauf hin, die AGS sei die kleinste Arbeitsgemeinschaft in einem kleinen Unterbezirk.



»AGS vor Ort

(Forts. AGS Solingen)

Sie hat aber in 2 Jahren die Zahl der Aktiven verdoppelt, von 4 auf 8. Eine weitere Steigerung (vor allem im gleichen Tempo) wird sehr schwer, denn von den 49 erfassten AGSlern sind 27 über 60 (also 55 %) und nur 11 unter 50 (ganze 22 %). Beim Demographie-Problem liegt die AGS wohl über dem Durchschnitt der Partei. Sie hat mehr Alte und weniger Junge.

Besonderes Anliegen der Solinger AGS sind die kleinen Selbständigen, vor allem die „Solo-Selbständigen“

Mancher beginnt eben mit Frau und Vater als 400 €-Jobbern, aber irgendwann kommt vielleicht die erste Teilzeitkraft dazu. „Wir brauchen mehr Selbständige für moderne Dienstleistungen!“ Diese Meinung vertritt André Brümmer, Landesvorsitzender der AGS, gestern im Haus Müngsten. Die Selbständigen sind die Pioniere beim Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft.

Wenn Produktionsbetriebe schrumpfen, müssen Arbeitsplätze für Dienstleistungen entstehen. Dies beginnt mit kleinen Betrieben, deren Erfolg am Markt für neues Wachstum der Wirtschaft sorgt.

„Deswegen brauchen wir keine Scheinselbständigen in prekären Verhältnissen, sondern Selbständige, die von ihrer Arbeit leben können“, war die einhellige Meinung.

Gerade beim Start in die Selbständigkeit darf die soziale Absicherung der Existenzgründer nicht zu kurz kommen. <

AGS Steinfurt gegründet!

Selbständig in der SPD?

Ruth Gehring ist die neue Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS). Die Hauswirtschaftsmeisterin aus Hörstel wurde auf der konstituierenden Sitzung gewählt und möchte nun den Selbständigen in der SPD mehr politisches Gewicht geben.

„Viele Mittelständler und auch die so genannten Soloselbständigen fragen sich, in welcher Partei ihre Interessen am besten vertreten werden“, hob Ruth Gehring in ihrer Antrittsrede hervor. Sie bemängelte, dass Themen wie Schein- und Zwangsselbständigkeit und die Finanzierung von Kleinunternehmen von den politischen Parteien kaum diskutiert werden. „Das wollen wir mit der Gründung unserer Arbeitsgemeinschaft jetzt ändern“, so Gehring weiter. Dabei freute sie sich, dass in der AGS des Kreises Steinfurt Selbständige aus den unterschiedlichsten Sparten vorhanden sind, die sich für ihre politischen Interessen einsetzen wollen. So sollen dann auch gleich zu Beginn die Themen der Scheinselbständigkeit und vor allem der Zwangsselbständigkeit im Vordergrund stehen.

„Zu Teilen gehen Unternehmen dazu über, ihre Mitarbeiter als Selbständige zu führen, um Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zu sparen. Dies ist nicht nur unseriös, sondern auch gesetzeswidrig“, sagte Ruth Gehring. Und Paul Michalski aus Rheine betonte: „Prekäre Selbständigkeit kann und muss als Parallele zu prekären Beschäftigungsverhältnissen gesehen werden.“

Die Mitglieder der AGS waren sich schnell darüber einig, hier faire und gesetzliche Grundlagen zu fordern, um so verlässliche Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Um möglichst viele Synergieeffekte zu erzielen, strebt die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen die Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD an. Gleichzeitig soll auch das Gespräch und die Kooperation mit anderen Interessensverbänden der Selbständigen gesucht werden.



Der neue Vorstand der AGS Steinfurt setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Vorsitzende: Ruth Gehring (Hörstel), Stellvertreter: Hartwig Mennen (Lienen), Paul-Dieter Michalski (Rheine), Beisitzer: Edith Breitzmann (Emsdetten), Günter Gervesmann (Ladbergen), Reinhilde Nowak (Wettlingen), Detlef Wartemann (Westerkappeln), Torsten Peschel und Sonja von Gostomski (Ibbenbüren). <

»AGS vor Ort

AGS Borken

Klaus-Peter Duhme ist neuer Vorsitzender

Am Dienstag, dem 24. Januar wurde turnusgemäß der neue Vorstand der AGS im Unterbezirk Borken neu gewählt.

Als speziellen Gastmoderator und Versammlungsleiter durften wir Christoph Pries, den UB-Vorsitzenden des Kreises Borken und ehemaligen MdB begrüßen.

Neuer Vorsitzender der AGS Borken ist Klaus-Peter Duhme (Malermeister, Bocholt). Ihm zur Seite stehen Stellvertreter Gerhard Müller (Rechtsanwalt und Notar, Bocholt) sowie Schriftführer Alexander Duhme (Malermeister, Bocholt).

Der Vorstand wird komplettiert durch die Beisitzer Dr. Klaus Holthausen (Dipl.-Physiker, Unternehmensberater, Bocholt), Michael Deutz (Fotograf, Bocholt), Hans Georg Fischer (Dipl.-Betriebswirt, Ahaus) und Andreas Walter-Jürgens (Bank-/Versicherungskaufmann, Gronau).

Klaus-Peter Duhme, der auch dem Landesvorstand der AGSNRW sowie dem AGS-Bundesausschuss angehört, will sein Hauptschaffen dem Umbau der AGS im Kreis Borken widmen. Insbesondere der Bekanntheitsgrad der Arbeitsgemeinschaft sei noch deutlich zu steigern. „Was kaum jemand weiß: Auch in der SPD gibt es Leute, die Unternehmer und Arbeitgeber sind.“ kommt ihm zum Abschluss der Veranstaltung über die Lippen. „Und auch diese SPD-Mitglieder wollen gehört und vertreten werden.“

Er freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem AGS-Landesvorstand. <



v.l.n.r.: Dr. Klaus Holthausen, Gerhard Müller, Klaus-Peter Duhme, Christoph Pries, Alexander Duhme und Michael Deutz. Es fehlen Hans Georg Fischer und Andreas Walter-Jürgens

»AGS vor Ort

AGS Herne

Zur Problematik des doppelten Abiturjahrgangs

In NRW wurde im Jahr 2005 die gymnasiale Schulzeit auf 12 Jahre beschränkt. Das bedeutet, dass der Erwerb der allgemeinen Hochschulreife (AHR) im Jahr 2013 von zwei Abiturjahrgängen gleichzeitig angegangen wird und beide Jahrgänge gleichzeitig das Gymnasium verlassen, was wiederum bedeutet, dass beide Jahrgänge gleichzeitig auf den Ausbildungsmarkt drängen.

Potentiell aufnehmende Institutionen und Systeme wie Hochschulen, Berufskollegs und das duale System insgesamt müssen sich auf diese erhöhte Anzahl von Schulabgängern einstellen. 58.000 zusätzliche Abiturienten erwartet das Schulministerium NRW für 2013. Zusammen mit den rund 70.000 regulären Abiturienten suchen also 128.000 junge Menschen dann nach Ausbildungsstellen; im Jahr 2010 waren es 120.000.

Die Hochschulen werden einen großen Teil dieser zusätzlichen Abiturienten aufnehmen. Rund ein Drittel der Studienberechtigten nehmen im Regelfall im Jahr ihres Abschlusses ein Studium auf. Wenn diese Quote nicht signifikant steigt, kommen im Bereich der Berufskollegs insbesondere auf die Fachklassen des dualen Systems zusätzliche 35.000 bis 40.000 Bewerber zu.

In einer Veranstaltung der AGS Herne am 20.11.2009 wurde diese Problematik zum ersten Mal thematisiert. Im Laufe der darauffolgenden Zeit hat der stellvertretende Vorsitzende der AGS Herne, Derk Schmithals, sowohl in seinem Ortsverein als auch in der AGS entsprechende Anträge formuliert und eingebracht, die dieses Thema in die Partei einbringen, damit

diese rechtzeitig Lösungen entwickeln kann – was wichtig ist, da zusätzlich die fragliche Zeit sowohl Bundestags- als auch wieder Landtagswahlkampfzeit sein wird.

Für den akademischen Bedarf werden die vorhandenen Plätze nicht ausreichen. Dadurch wird es zu einer verschärfenden Verdrängungssituation in jene Bereiche hinein geben, in denen in der Regel Ausbildungsplätze für Gesamtschüler, Realschüler und Hauptschüler vorgehalten werden. Das heißt: am Ende dieses Prozesses werden gerade Hauptschulabsolventen und Absolventen anderer Schulformen das Nachsehen haben und keine Ausbildungsstellen finden, da diese durch den doppelten Abiturjahrgang besetzt sein werden. Hinzu kommen ja zusätzlich noch jene, die schon 2012 keine Ausbildungsplätze und Lehrstellen gefunden haben und im Jahr 2013 wieder suchen werden.

Das heißt: wichtig wäre, in diesem Jahr jeden verfügbaren Studienplatz zu erhalten bzw. neu einzurichten; gezielte Berufsberatung, die individuell hilft, wäre dringend vonnöten; auch eine Kapazitätsplanung für „Verdrängte“ wäre hilfreich. Die Einberufung eines Beirates mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft, Hoch-

schulen, Kultusministerkonferenz, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Industrie, Handels- und Handwerkskammern, Industrieverbänden, Elternverbänden und Schülervertretungen wäre hilfreich, um einen Maßnahmenkatalog für die Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs in 2013 zu erarbeiten. <

» Wirtschaftsforschung

DIW-Studie zur Einkommenssituation von Selbständigen Lohn der Selbständigkeit: Mehr Euro in der Tasche

Auszüge eines Artikels aus der Süddeutschen Zeitung vom 23.01.2012. Von Thomas Öchsner.

Wer ein Unternehmen gründet, geht ein Risiko ein und muss oft mehr arbeiten als vorher im Angestelltenstatus. Dafür haben Selbständige gute Chancen, ihr Einkommen zu verbessern, wie eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt.

Sie sind meistens zwischen 35 und 54 Jahre alt, männlich, haben eine Berufsausbildung, zunehmend einen Hochschulabschluss – und es werden immer mehr. Die Zahl der Selbständigen ist in Deutschland zwischen 1991 und 2011 um mehr als 40 Prozent auf 4,3 Millionen gestiegen. Für viele lohnt es sich dabei, mit dem Dasein als Angestellter Schluss zu machen und Unternehmer zu werden. Dies geht aus einer neuen Studie des DIW hervor.

„Der Schritt in die Selbständigkeit kann gerade für abhängig Beschäftigte mit relativ niedrigem Einkommen eine Möglichkeit sein, ihre finanzielle Lage zu verbessern“, sagt Professor Alexander Kritikos, einer der Autoren der Studie.

Wenn es um Selbständige geht, ist oft von „Kümmer-Existenzen“ die Rede. Darunter versteht man Solo-Unternehmer ohne Angestellte, deren Verdienst nur knapp über oder sogar unterhalb des Existenzminimums liegt, so dass sie ihr Einkommen mit Hartz IV aufstocken müssen.

Das Bonner Institut für Mittelstandsforschung hatte 2011 ermittelt, dass ein Viertel der Selbständigen „zuletzt ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1.100 Euro hatte.“ In der neuen DIW-Untersuchung wird dies bestätigt: 27 Prozent der Selbständigen liegen demnach unterhalb dieser Grenze.

Die Forscher des Berliner Instituts und der Universität Jena fanden jedoch heraus, dass bei Arbeitnehmern der Anteil der Geringverdiener sehr viel höher liegt als bei Selbständigen. Bei den abhängig Beschäftigten verdient sogar jeder Dritte (34 Prozent) weniger als 1.100 Euro netto.

Auch bei den höheren Einkommensgruppen schneiden die Selbständigen besser ab. Nach der DIW-Untersuchung verfügen knapp 37 Prozent über ein Einkommen von mehr als 2.300 Euro pro Monat, verglichen mit 17 Prozent der abhängig Beschäftigten. [...]

Kultur der Selbständigkeit

Die Forscher verglichen auch die Einkommen von Gründern drei Jahre nach ihrem Schritt in die Selbständigkeit mit ihrem vorherigen Verdienst als Arbeitnehmer. Die wichtigsten Erkenntnisse dabei: 38 Prozent der jungen Unternehmer verdienen nun mehr als vorher. Bei knapp der Hälfte ist das Einkommen in etwa gleich geblieben. Fast jeder sechste Gründer (17 Prozent) muss sich allerdings mit weniger Geld begnügen. Besonders auffällig dabei ist, dass es vielen Selbständi-

gen, die als Arbeitnehmer weniger als 1.100 Euro oder zwischen 1.100 und 2.300 Euro netto hatten, gelungen ist, ihr Einkommen zu steigern. [...]

Der Wirtschaftsprofessor ist überzeugt, dass sich in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren „eine stärkere Kultur der Selbständigkeit entwickelt hat“. So waren 2009 bereits 11 Prozent der erwerbsfähigen Personen als Unternehmer tätig. 1991 galt dies nur für acht Prozent. Dazu trug vor allem der Zusammenbruch der Planwirtschaft in der DDR bei: In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Selbständigen zwischen 1991 und 2009 verdoppelt.

Bundesweit ist inzwischen jeder zweite Selbständige als Dienstleister tätig. Der Anteil der Frauen unter ihnen wird immer größer: Fast jeder dritte Unternehmer ist weiblich. 1991 traf dies nur auf jeden vierten zu. Deutlich zugenommen hat auch die Gruppe der Gründer mit ausländischer Herkunft. [...]

Die Politik müsste sich dafür noch stärker als bisher darum bemühen, die Zahl gut qualifizierter Hochschulabsolventen zu erhöhen und gezielter Programme zu entwickeln, Gründer zu qualifizieren. Dies könne letztlich dazu beitragen, „neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.“ <

Zum vollständigen Artikel:

<http://www.sueddeutsche.de/geld/lohn-der-selbstaendigkeit-mehr-euro-in-der-tasche-1.1264324>

»Altersabsicherung

André Brümmer kommentiert die Pläne der CSU

Sind Selbständige eine Last für den Staat?

Ende des letzten Jahres berichtete die Süddeutsche Zeitung über Pläne der CSU zur Altersabsicherung von Selbständigen. Dazu ein Kommentar von André Brümmer.

„CSU zur Altersabsicherung von Selbständigen“

sueddeutsche.de vom 29.12.2011, von Mike Szymanski

Das Risiko, im Alter arm zu werden, ist für Selbständige besonders hoch. Die CSU will deshalb eine Pflicht zur Altersvorsorge für Freiberufler einführen. So soll verhindert werden, dass Selbständige im Ruhestand dem Staat zur Last fallen. Mit der Initiative für die Klausur in Wildbad Kreuth geht die Partei allerdings auf Konfliktkurs zur FDP.

Die CSU will Selbständige bei der Bekämpfung der Altersarmut stärker in die Verantwortung nehmen. Die Christsozialen planen auf ihrer Winterklausur im oberbayerischen Wildbad Kreuth einen Vorstoß, Freiberufler dazu zu verpflichten, finanziell für den Ruhestand vorzusorgen.

Deren Risiko, im Alter arm zu werden, gilt als besonders hoch. Ihnen steht es bislang frei, sich für die Rente zu versichern. Die Berliner CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sagte der Süddeutschen Zeitung: „Nicht allen Selbständigen ist die Notwendigkeit, für das Alter vorzusorgen, bewusst. Es droht ihnen Altersarmut oder sie fallen in die staatliche Grundsicherung.“

In der Beschlussvorlage für das Treffen der Bundestagsabgeordneten, die der SZ vorliegt, heißt es wörtlich:

„Für Selbständige soll eine Pflicht zur Altersvorsorge eingeführt werden.“ Nach dem Willen der CSU soll damit verhindert werden, dass Selbständige im Ruhestand dem Staat zur Last fallen. Hierzu heißt es: „Voraussetzung ist, dass die Vorsorge als Rente ausgezahlt wird und durch diese Absicherung der spätere Bezug von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wirksam ausgeschlossen wird.“

Geht es nach Hasselfeldt, sollen noch 2012 die Voraussetzungen für eine Pflicht zur Altersvorsorge geschaffen werden. „Ich würde mir wünschen, dass diese zum Jahr 2013 in Kraft tritt“, sagte die Landesgruppenchefin. Sie betonte, dass es ihr ausschließlich um eine angemessene Rentenvorsorge für die Freiberufler gehe. Der Vorschlag sei im Interesse dieser Personen. Sie sollen laut Hasselfeldt wählen können, ob sie gesetzlich oder privat vorsorgen.

Der Vorstoß der CSU dürfte für weitere Spannungen in der Berliner Koalition sorgen. Im Zuge des so genannten Renten-Dialogs diskutiert die Politik seit längerem mit Verbänden und Experten über die Zukunft der Altersvorsorge. Die Fachleute zeigten sich bislang skeptisch, dass eine Versicherungspflicht rasch umgesetzt werden könne. Große Widerstände gibt es bislang beim Koalitionspartner FDP, die Liberalen wollen keine

weiteren Vorschriften für Selbständige. Hasselfeldt glaubt jedoch, den Koalitionspartner noch überzeugen zu können. „Mit der Wahlfreiheit bei der Ausgestaltung müsste auch die FDP gut leben können“, sagte sie. Die CSU sei fest entschlossen, ihre Vorschläge in die Berliner Koalition einzubringen.

Kommentar von André Brümmer: CSU: Sind Selbständige eine Last für den Staat?

Nachdem die CSU zunehmend um die Wählergunst bangen muss, versucht sie es mit populistischen Aussagen. Da entdeckt Herr Seehofer plötzlich, dass die von ihm mitbeschlossene „Rente mit 67“ real in vielen Fällen Rentenkürzung bedeutet.

Und CSU-Landesgruppenchefin Hasselfeldt verrät der Süddeutschen Zeitung den CSU-Plan, für Selbständige eine verpflichtende Altersvorsorge einführen zu wollen. Damit solle verhindert werden, dass Selbständige im Ruhestand dem Staat zur Last fallen.

Frau Hasselfeldt erkennt sogar fehlendes Vorsorgebewusstsein: „Nicht allen Selbständigen ist die Notwendigkeit, für das Alter vorzusorgen, bewusst.“ In den Ohren von Soloselbständigen mit geringem Einkommen klingt das wie Hohn.

»Landespolitik

Nutzung innerstädtischer Freifläche

Zum Landeswettbewerb „Ab in die Mitte“

Das ist keine Zielaussage eines Programms unserer Partei (leider), sondern eine vom Land NRW geförderte Initiative zur Nutzung innerstädtischer Freiflächen. Städte waren aufgefordert, ihre Freiflächen auszuloten und diese zu entwickeln.

Der in 2011 zum 13. mal durchgeführte Landeswettbewerb „Ab in die Mitte! – Die City-Offensive NRW“ stand diesmal unter dem Motto „freiRaum“.



Harry K. Voigtsberger,
Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen,
Wohnen und Verkehr

Der Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW, Harry Voigtsberger, zu den Zielen der Initiative: „Freie Räume in der Innenstadt sind

für die Stadtentwicklung Herausforderung und Chance zugleich. Sie können Vieles sein: Grünflächen, Baulücken, Brachflächen, Ladenleerstände. Die Städte waren aufgefordert, ihre Freiräume auszuloten und mit Leben zu füllen.“

Die Public-Private-Partnership-Initiative „Ab in die Mitte“ verteilt Fördermittel in Höhe von 1,1 Mio. €, von denen das Land NRW 540 Tsd. € beiträgt. Neben den Haupt-Sponsoren wird die Initiative vom Handelsverband NRW, dem Städtetag NRW und dem Städte- und Gemeindebund NRW unterstützt.

Voigtsbergers Ministerium wählte aus den 34 Teilnehmern die 16 Kom-

munen aus, deren Beiträge die Wettbewerbsbedingungen besonders gut erfüllen: Bad Laasphe, Bocholt, Bochum, Hamm, Ibbenbüren, Kleve, Krefeld, Lügde, Münster, Radevormwald, Schöppingen, Stadtlohn, Steinfurt, Wesel, Wetter und Winterberg.

Einige Themen der Projekte sind:

- Ladenleerstand und Verkaufsflächenmanagement
- Stärkung bürgerschaftlichen Engagements
- Kunst im öffentlichen Raum
- Innenstadtquartiere als Gemeinschaft von Händlern, Eigentümern, Bewohnern und Künstlern
- Impulse für Erlebnis- und Aufenthaltsqualität
- Kommunikation von anstehenden städtebaulichen Veränderungen

Für alle teil- und (noch) nicht teilnehmende Kommunen gilt: Nutzung der gewonnenen Erkenntnisse von „Ab in die Mitte!“ sowie Berücksichtigung bei den eigenen Planungen für die Innenstädte und deren Nebenzentren.

Die Preisträger werden am 01.03.2012 in Solingen geehrt.

Weitere Informationen:

➔ www.abindiemitte-nrw.de

Laut CSU soll „durch diese Absicherung der spätere Bezug von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wirksam ausgeschlossen“ werden.

Gilt das in Zukunft dann für alle Rentner?

Ist von der CSU eine verpflichtende Altersvorsorge für alle in einer Höhe geplant, die Altersarmut ausschließt?

Das wäre das Ende der Solidar-gemeinschaft!

Es besteht dringend Bedarf, über die soziale Absicherung von Selbständigen nachzudenken. Das ist umso notwendiger, als dass laut aktuellen Studien immer mehr Selbständige ein zu geringes Einkommen haben, um sich ausreichend abzusichern.

Es liegt also weder am eigenen Willen, noch an „fehlendem Bewusstsein!“



»Landespolitik

Politik für Selbständige

Mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit von der Landesregierung gefordert

Eine AGS-Kritik am von der (grünen) Gesundheitsministerin Barbara Steffens geplanten absoluten Rauchverbot und dem „Remmel’schen Kanal-TÜV“

Am 1. Juli 2008 (novelliert im Juni 2009) trat in NRW das neue „Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen (NiSchG NRW) für Gaststätten in Kraft. Es besagt, dass in Gaststätten Rauchverbot gilt, aber mit bestimmten Ausnahmen: „Die Einrichtung abgeschlossener Räume, in denen das Rauchen gestattet ist, ist unter den Voraussetzungen [...] möglich“.

Diese Möglichkeit nutzten viele Gastronomen: sie investierten in Raucherkablen. Das reicht vom kleinen Nebenraum bis zur Raucher-Lounge. Verbunden waren diese Maßnahmen mit zum Teil erheblichen Investitionen. Mancher Kleinbetrieb musste sich verschulden, um seine Zukunft zu sichern.

Doch nun steht diese Zukunft zur Disposition. Insbesondere Gesundheitsministerin Barbara Steffens macht dem Spitznamen der Grünen als „Dagegen“-Partei alle Ehre, indem sie ein absolutes Rauchverbot fordert. Folgt die Landesregierung diesen Plänen, waren die Investitionen der Wirtinnen und Wirte für die (grüne) Katz!

Es ist nicht Aufgabe der AGSNRW, als Lobbyist von einzelnen Gewerbetreibenden aufzutreten, ggf. auch gegen die Interessen der Mehrheit der BürgerInnen. Aber es ist unsere Aufgabe, von der Landesregierung Verlässlich-

keit einzufordern. Dazu gehört aber auch, Betriebe, die dem erst 2008 bzw. 2009 beschlossenen strengeren Raucherschutz im wahrsten Sinne des Wortes Rechnung getragen und sich dabei zum Teil erheblich verschuldet haben, nicht willkürlich einer Existenzkrise auszusetzen.

Es ist zu hoffen, dass die NRWSPD der Regierungswut ihres Koalitionspartners Einhalt gebietet. Unseren Regierungsvertreterinnen und -vertretern muss klar sein, dass wir als SPD die Suppen mit auslöffeln müssen, die uns unser grüner Koalitionspartner serviert. Diese Suppen sind für uns nicht bekömmlich, wie auch die Reaktionen über die Dichtheitsprüfung der Abwasserkanäle in NRW zeigt. Koch dieses sauberen Süsschens: Umweltminister Johannes Remmel, ebenso „Grüner“.

Hier wurde allerdings zum Ende des Jahres 2011 die Notbremse gezogen und die bereits angerichtete Suppe zurück in die Küche geordert. Vernünftigerweise sollte der „Kanal-TÜV“ nur bei begründetem Verdacht auf Kanalschäden angeordnet werden. Zu befürchten ist aber, dass jetzt nur „nachgewürzt“ wird – sehr zur (Schaden-) Freude von CDU und FDP!

Die Einsicht, bei diesem Gesetz bürgerfreundlich nachbessern zu müssen,

kommt spät, für viele kleine Betriebe zu spät. Denn die haben inzwischen in Spezialgeräte und in die entsprechende Qualifikation ihrer Mitarbeiter investiert.

Nochmals: Wir verstehen uns nicht als Lobbyisten auf Kosten der Allgemeinheit. Aber wir fordern verlässliche Politik! Dazu gehört Planungssicherheit für Gewerbetreibende.

Politiker sind dazu aufgefordert, die Tragweite ihrer Entscheidungen im wirtschaftlichen Bereich besser zu bedenken. Wir als AGS sind dabei gerne behilflich.

– André Brümmer
(lebenslanger Nichtraucher)

»Handwerk

Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag Bericht vom Dreikönigstreffen 2012 in Düsseldorf

Statt der drei Könige aus dem Morgenland kam ein ehemaliger Wesir: Christian Lindner aus dem Abendland!

Mit ihm kamen etliche Weise, auch aus dem Abendland. Statt Gold, Weihrauch und Myrrhe verbreiteten sie ihre Weisheit zum Thema: „Muss Europa neu gedacht werden?“ – ein wichtiger Beitrag, denn um das Abendland ist es zur Zeit schlecht bestellt.

Europa als Hort des Wissens: Das war einmal! Europa als Wirtschaftsmacht: Das ist noch länger her! Und die kulturelle und ethische Leitfunktion des Abendlandes geht immer mehr verloren, was nicht nur an den handelnden Politikern liegt. Und da uns ein Vorbild gebender Präsident zur Zeit fehlt (er ist sich wohl selbst abhanden gekommen), ist man für Beiträge von Weisen dankbar, die zur Rettung Europas beitragen wollen und können.

Treffpunkt war nicht Betlehem, sondern Düsseldorf. Dort, in Räumen der WGSZ-Bank, fand das traditionelle Dreikönigstreffen des nordrhein-westfälischen Handwerks statt. Die Weisen folgten auch keinem Stern, sondern der Einladung von Prof. Wolfgang Schulhoff, Präsident des NWHT, Dipl.-Volkswirt Josef Zipfel, Hauptgeschäftsführer des NWHT und Dr. Thomas Köster, Leiter des „Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft“.

Dieser Einladung folgten Mitglieder des NWHT-Vorstandes und des Nordrhein-Westfälischen Handwerksrats

sowie Gäste aus Landesregierung, Landtag und öffentlichem Leben, so auch der Vorsitzende der AGSNRW, André Brümmer.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit dem „Dreikönigsforum“: In seiner Begrüßungsansprache sah Prof. Schulhoff die Aussichten des Handwerks auf das Jahr 2012 vorsichtig optimistisch. Die Wirtschaft sei in Deutschland, nicht zuletzt wegen der Beschlüsse der AGENDA 2010 und verantwortungsvoll handelnder Gewerkschaften, trotz Finanz- und Staatsschuldenkrise stabil. Einen Anteil daran habe auch die mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur. Speziell das Handwerk habe in Krisenzeiten seine Bedeutung bewiesen.

Zum Thema des Forums „Muss Europa neu gedacht werden?“ diskutierten und referierten unter der Moderation von Dr. Günther Nonnenmacher (Herausgeber der FAZ):

- Klaus-Heiner Lehne, MdEP,
- Dr. Klaus Hänsch, Präsident des Europäischen Parlamentes a. D.,
- Sven Giegold MdEP, Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Die Grünen/EFA im EU-Parlament,
- Professor Dr. Gebhard Kirchgässer, Universität St. Gallen, sowie
- Dipl.-Volkswirt Josef Zipfel, Hauptgeschäftsführer des NWHT.

Dr. Hänsch sprach sich für neue Verträge eines „Kern-Europas“ aus, in der eine Wirtschafts- und Fiskalunion diese Arbeitsfelder koordiniert. Einer Transferunion zieht er eine politisch-ökonomische Haftungsunion vor. Sorgen mache ihm die schwindende Mitwirkung Europas als beispielgebender Werte- und Kulturraum.

Klaus-Heiner Lehne, MdEP (Mitglied des Rechtsausschusses) wünscht sich in seinem Beitrag eine positivere Wahrnehmung der EU-Gesetzgebung. Positiv wahrgenommene EU-Beiträge würden von den nationalen Regierungen als Eigenerfolge verbucht, negative der EU angelastet. Richtlinien würden nicht immer zielgerecht von den Regierungen umgesetzt.

Sven Giegold MdEP sprach sich wegen unkalkulierbarer Risiken gegen einen Austritt/Ausschluss von Griechenland aus der Währungsunion aus. Alternative sei eine Wirtschafts- und Fiskalunion, welche die Politik koordiniere. Insbesondere bei den Risikostaaen seien neben den Sparbemühungen auch mehr Investitionen in die Wirtschaften notwendig. Dazu seien günstige Refinanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Regionale Banken seien zu stärken, Großbanken zu reglementieren.

(Forts. auf der nächsten Seite ...)

»Handwerk

Prof. Kirchgässer schilderte das föderative Steuersystem der Schweiz: Neben einer „Bundessteuer“ besteht Steuerhoheit für alle Kantone mit bis zu 85 % Finanzausgleich. Es gibt allerdings eine Schuldenbremse mit Verpflichtung zur Deckung von Defiziten durch Steuererhöhungen. Die Steuererhöhungen gelten so lange, bis das Defizit ausgeglichen und eine Finanzrücklage angespart worden ist.

NWHT-Hauptgeschäftsführer Josef Zipfel fordert statt Vereinheitlichung mehr Koordinierung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Er beklagte die bestehende Überregulierung in der EU, sie „mache keinen Sinn“. Eine neue Identität mit Europa erreiche man durch mehr Subsidiarität (*Red.: individuelle Selbstbestimmung und Verantwortung unterer Ebenen (hier: Staaten) stärken, Handlungshoheit der höheren Ebenen (hier: EU) auf ein Mindestmaß begrenzen*).

Das Schlusswort sprach Andreas Ehler, Vizepräsident des NWHT. Er fasste die Diskussion als spannend, fundiert und in der Form leidenschaftlich zusammen. Nachdem die Kriege in Mitteleuropa undenkbar geworden sind, brauche man eine neue „Vision Europa!“

Der gemeinsame Nenner der Beiträge sei: Mehr Europa bei den großen Themen, weniger bei den kleinen Themen; Subsidiarität schützen und stärken.

Beim folgenden Dreikönigsessen trug Christian Lindner MdB, zurückgetretener Generalsekretär der FDP, zum Thema „Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft?“ vor. Lindner beantwortete diese Frage mit „Ja, aber ...“.

Es gelte die Kraft der Vielen gegen die Einfältigkeit des Einzelnen zu schützen. Darauf beruhe auch die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft. Der Rechtsstaat setze nur die Regeln, er habe nur Schiedsrichter zu sein, nicht Teilnehmer. Lindner forderte für die Finanzmärkte die Verbindung von Handeln und Haften und mehr Transparenz. Er forderte Börsenzwang für alle Finanzgeschäfte. Insgesamt habe sich die Soziale Marktwirtschaft als Freiheitsordnung bewährt.

Eine verbale Entgleisung beschloss seinen kurzen Vortrag. Sigmar Gabriels Vorschläge zur Finanzpolitik verglich Lindner mit einer „Rektalen Zahnbehandlung“, bei der man nicht zum Ziel komme, aber viel Schaden anrichte. Der Beifall dazu hielt sich in Grenzen.

Das Dreikönigstreffen des NWHT widmet sich traditionell einem Thema, das aktuell wie zukunftsweisend ist. Es „versucht so, für das neue Jahr eine wichtige Diskussion anzustoßen“.

In der Vergangenheit konnten dazu Referenten wie Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Friedrich Merz und Dr. Jochen Kirchhoff als Referenten gewonnen werden. Einem Vergleich mit diesen Referenten konnte Christian Lindner nicht standhalten. Von Prof. Schulhoff wurde die Hoffnung geäußert, Lindner solle vom Parteiamt losgelöst sprechen. Aber Überraschungen gab es keine. Und neue Erkenntnisse auch nicht.

Zu kritisieren sind Lindners genereller Ausschluss des Staates als Marktteilnehmer. Damit schliesse man auch Public Private Partnership aus und die Grundsicherung der Daseinsvorsorge.

Seine Forderung nach Börsenzwang für alle Finanzgeschäfte ist ein erheblicher Eingriff in die Finanzmärkte, der zwar zu mehr Transparenz führen kann, aber keine ausreichende Regulierung bewirkt. Seiner Feststellung, die soziale Marktwirtschaft habe sich bewährt, kann und muss man beipflichten. Die entspricht aber nicht den marktliberalen Vorstellungen der FDP, die sich weiter gegenüber einer Transaktionssteuer verschließt.

Handeln und Haften müssen die zwei Seiten derselben Medaille sein: Im Finanz- wie im übrigen Wirtschaftsleben.

Eine freiheitliche Zukunft darf keine „Freiheit der Märkte“ a la marktliberaler FDP sein, sondern sie muss geprägt werden von einer ständig weiterentwickelten Sozialen Marktwirtschaft. Damit hat Europa durchaus gute Chancen! Ohne Lindners „aber“! <



Dipl.-Volkswirt Josef Zipfel, Hauptgeschäftsführer des NWHT und André Brümmer, Vorsitzender der AGSNRW

»Europa

Glückwünsche an unsere Europa-Politiker

Mit neuen Aufgaben: Wir gratulieren Martin Schulz und Bernhard Rapkay!

Die EU-Abgeordneten haben Martin Schulz zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Der 56-jährige Abgeordnete wird dem Parlament bis zum Beginn der nächsten Legislaturperiode im Juli 2014 vorstehen. Außerdem wurde Bernhard Rapkay zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament gewählt.

Nach dem Abitur 1974 am Heilig Geist Gymnasium in Würselen absolvierte Martin Schulz zwischen 1975 bis 1977 eine Ausbildung zum Buchhändler, von 1977 bis 1982 war er als solcher für diverse Verlage und Buchhandlungen tätig, bevor er zwischen 1982 und 1994 eine eigene Buchhandlung in Würselen betrieb.

Martin Schulz ist seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments, von 2000 bis 2004 war er Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, zwischen 2002 und 2004 zudem Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im EU-Parlament, seit Juli 2004 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion und seit Januar 2012 Parlamentspräsident.

Der Dortmunder Europaabgeordnete und langjährige Parteivorsitzender Bernhard Rapkay wurde in dieser Woche zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der 190 SPD-Politiker im Europaparlament gewählt.

Nach Martin Schulz als neuem Parlamentspräsidenten erhielt er damit als zweiter Deutscher eine entscheidende Rolle für die SPD im europäischen Abgeordnetenhaus. Schon bisher war er Sprecher der deutschen SPD-Delegation im Europaparlament.



Martin Schulz
Präsident des Europäischen Parlaments

Lieber Martin,

zu Deiner neuen Aufgabe wünscht Dir die AGSNRW und ich viel Erfolg und Freude bei der Arbeit!

Es erfüllt uns als Vertreter der Selbständigen in NRW mit Stolz, dass ein langjährig als selbständiger Unternehmer tätiger Genosse dieses hohe Amt innehat. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass die Probleme gerade kleiner inhabergeführten Unternehmen bei Dir auf Verständnis stoßen und wir bei Dir ein offenes Ohr finden. Wir sind sicher, dass Du es schaffst, die Europäischen Strukturen zu demokratisieren. Wenn nicht Du, wer sonst?

Alles Gute bei dieser gewaltigen Aufgabe, für die es zu kämpfen lohnt.

Liebe Grüße aus NRW
André Brümmer



Bernhard Rapkay
Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament

Lieber Bernhard,

die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD gratuliert Dir sehr herzlich zu Deiner Wahl zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament!

Wir wünschen Dir in diesem neuen Amt viel Freude und Erfolg bei der konsequenten Fortsetzung Deiner Arbeit für die europäische Idee!

Beste Grüße aus Dortmund
Michael Henke

Kurz notiert

Aus dem mediafon-Newsletter vom 22.01.2012

In unregelmäßiger Folge drucken wir Auszüge des mediafon-Newsletters. Weitere Informationen unter www.verdi.de.

Gründungszuschuss: Anspruch abgeschafft, Gründung wird zweitrangig

Die mit langem Vorlauf angedrohten Verschlechterungen beim Gründungszuschuss sind am 28. Dezember 2011 in Kraft getreten. Seitdem sind die Geldmittel, die für die Hilfen zur Gründung aus der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehen, radikal gekürzt – und konsequenter Weise keine Pflichtleistung der Arbeitsagentur mehr. Nach einer neuen Dienstanweisung sollen die Arbeitsagenturen vor Ort eine Existenzgründung zudem nur noch als Notlösung sehen. Gefördert werden soll nur, wer nicht in eine abhängige Beschäftigung vermittelt werden kann.

[Details](#)

Steuererklärung: Ab jetzt nur noch online

„Ab dem Veranlagungszeitraum 2011“, also vom Jahr 2012 an, müssen Selbstständige ihre Einkommen- und Umsatzsteuererklärungen zwingend elektronisch an das Finanzamt übermitteln.

Das gilt gleichermaßen für Gewerbetreibende wie FreiberuflerInnen.

[Details](#)

Umsatzsteuer: Finanzämter „ eskalieren“ bei Fristversäumnis

Wer seine Umsatzsteuervoranmeldung verspätet abgibt, bekommt es künftig sofort mit der Bußgeld- u. Strafsachenstelle (BuStra) des Finanzamts zu tun.

[Details](#)

Steuererklärung: Bloß keine Hektik

Die Hoffnung, eine erwartete Steuer-rückzahlung umso schneller zu bekommen, je schneller man die Steuererklärung abgibt, erfüllt sich nur bedingt. Die Steuererklärungen in den Finanzämtern werden frühestens im März bearbeitet – auch wenn sie vorher abgegeben wurden.

[Details](#)

mediafon

Selbstständigenberatung GmbH
c/o verdi - Referat Selbstständige
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Termine

Was ist wann los in NRW?

Februar 2012

Mi., 29.02.2012, 17:00 Uhr

AfA NRW und AGSNRW

- „Ladenöffnungsgesetz – Welche Veränderungen sind notwendig?“, öffentl. Veranstaltung mit Thomas Eiskirch MdL, Armin Jahl MdL (AfA), André Brümmer (AGS) u. a.

Dortmund (Details folgen!)

März 2012

Sa., 17.03.2012, 10:00 Uhr

Außerordentliche Landeskonferenz der AGSNRW

- U. a. mit der Wahl der Delegierten zur AGS-Bundeskonferenz. Unser Gast ist NRW-Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger.

DGB-Haus, Düsseldorf

Juni 2012

Fr./Sa., 08./09.06.2012

AGS Bund

- Ordentliche Bundeskonferenz der AGS, u. a. mit Neuwahl des Bundesvorstands.

Willy-Brandt-Haus, Berlin

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Ende Februar, Redaktionsschluss ist **Montag, der 20.02.2012**. Manuskripte (.doc, .odt, .rtf, .txt), Fotos (.jpg) und Grafiken (.gif, .png) bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de senden!

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise auf unserer Webseite:

www.ags-in-nrw.de/termine.htm



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

